

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 12.12.2022

Anfrage Nr.: 0079/2022/FZ
Anfrage von: Stadtrat Michalski
Anfragedatum: 28.09.2022

Betreff:

Reform des Wohngeldes

Schriftliche Frage:

1. Wie geht die Stadtverwaltung mit der Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten um, die durch die Reform des Wohngeldes entstehen und folglich dem zusätzlichen personellen Aufwand zur zügigen und schnellstmöglichen Bearbeitung der zu erwartenden Anträge zum Jahreswechsel?
2. Sind digitale Antragsprozesse im OZG-Prozess geplant, um die Antragsstellung medienbruchfrei zu vereinfachen?
3. Bei der avisierten Verdreifachung der Anzahl von Anspruchsberechtigten: Mit wie vielen zusätzlichen Vollzeitäquivalenzen rechnet die Stadtverwaltung zur Bearbeitung der zusätzlichen Wohngeldanträge im nächsten Haushaltsplanentwurf?
4. Wie viele Menschen in Heidelberg werden nach Einschätzung der Stadtverwaltung zusätzlich anspruchsberechtigt?
5. Wie viele Menschen erhalten aktuell Wohngeld und wie hat sich die Zahl der Empfängerinnen/Empfänger in den letzten Jahren entwickelt?
6. Die Reform des Wohngeldes ist eine wichtige politische Maßnahme und bereits jetzt sollte die Stadtverwaltung alles Notwendige dafür tun, dass den anspruchsberechtigten Bürgerinnen/Bürgern schnelle Hilfe zu Teil werden kann. Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Antwort:

Zu den Fragen können noch keine ausführlichen Antworten gegeben werden.

Die Verwaltung bereitet sich darauf vor, dass die Wohngeldreform in Heidelberg pünktlich umgesetzt werden kann und stellt zum 01.01.2023 beispielsweise eine externe Bewerberin ein, um das Personal zu verstärken; gleichzeitig wurden externe und eine interne Stellenausschreibung veranlasst, um weiteres Personal für die Wohngeldstelle zu akquirieren.

Zur Information der Bevölkerung ist auch entsprechende Pressearbeit geplant.

Ob sich jedoch die Antragszahlen in Heidelberg – wie insgesamt prognostiziert – verdreifachen werden, ob dies zum dreifachen Personalbedarf führt oder ob die geplanten Verfahrenserleichterungen zu einem geringeren Arbeitsaufwand pro Antrag führen werden, kann heute noch nicht beurteilt werden. Die Stadt Heidelberg ist dazu aber im engen Austausch mit anderen Wohngeldstellen im Land.

Hier noch die Anzahl der Wohngeldfälle in den letzten Jahren, jeweils zum 31.12.:

2016:1.465

2017:1.268

2018:1.236

2019:1.102

2020:1.278

2021:1.178

Noch ist ein digitaler Antrag, der direkt ins landeseinheitliche Verfahren übertragen wird, nicht möglich.

Dem städtischen Amt für Digitales und Informationsverarbeitung und dem Amt für Soziales und Senioren ist natürlich sehr bewusst, dass die Änderung des Wohngeldrechtes zum 01.01.2023 mit einer erwarteten Verdreifachung der Bezugsberechtigten für die Stadt eine erhebliche Herausforderung darstellen wird. Personalverstärkungen sind deshalb bereits erfolgt, weitere sind in Planung. Zur weiteren Entlastung der Wohngeldstelle – und zur Vereinfachung für Bürgerinnen und Bürger – wäre unbedingt ein zeitnahe Online-Antragsprozess mit direkter Anbindung in das landeseinheitliche Wohngeldverfahren DiWo erforderlich.

Das Amt für Digitales und Informationsverarbeitung hat dieses wichtige Thema deshalb im Rahmen des letzten Mitgliederbeirates „Stadtkreise“ der Komm.ONE diskutiert. Im Rahmen der Sitzung wurde von Komm.ONE die rechtzeitige Bereitstellung eines Onlineantrages mit Anbindung an das Wohngeldverfahren DiWo in Aussicht gestellt. Auf aktuelle Rückfrage nach dem Stand der Umsetzung haben wir von Komm.ONE die folgende Auskunft erhalten:

„Aktuell läuft der Pre-Beta-Test des eWohngeldantrags mit der Stadt Karlsruhe und der Stadt Mannheim. Beide Piloten haben etwa 200 Anträge bearbeitet und laufen seit letzten Freitag (11.11.) fehlerfrei. Am 16.11. werden wir einen Lasttest durchführen, der uns weitere Erkenntnisse zur Funktionalität des Verfahrens unter hoher Auslastung verschaffen wird. Wir sind zuversichtlich, bald in die nächste Testphase eintreten zu können und einen Rollout des Verfahrens für die ersten Tranchen an Wohngeldbehörden noch in diesem Jahr starten zu können. Sollte der Test weiterhin erfolgreich verlaufen, werden wir nächste Woche einen Termin mit der Stadt Heidelberg für eine Vorbesprechung vereinbaren.“

Sobald die Möglichkeit einer digitalen Antragstellung besteht, wird die Stadt diese in der Presse bewerben.